

FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, BEZIRKSTAG
MITTELFRANKEN, DANZIGER STR. 5, 91522 ANSBACH

An die
Vertreterinnen und Vertreter
der Presse

**FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bezirkstag Mittelfranken**

**Bezirksrat Dr. Klaus Hiemeyer
Bezirksrätin Lydia Bauer-Hechler
Bezirksrat Daniel Arnold**

Danziger Str. 5
91522 Ansbach

E-Mail: fraktion@gruene-bezirkstag-mittelfranken.de
Internet: www.gruene-bezirkstag-mittelfranken.de

25. November 2015

Pressemitteilung

Teile-und-herrsche-Klientelpolitik der CSU-Staatsregierung bringt kommunale Familie in die Bredouille

Alle Jahre wieder kommen die kommunalen Haushaltsberatungen. Traditionell beschließt dabei der Bezirk Mittelfranken vor den meisten Landkreisen und Städten seinen Haushalt des kommenden Jahres, diesmal in der Bezirkstagssitzung am 10. Dezember. Die Finanzausgleichsmittel werden von der CSU-Staatsregierung seit Jahren nicht an die steigenden Belastungen im Sozialhaushalt angepasst. So findet im Vorfeld in der Öffentlichkeit die Frage „Wie hoch ist die Bezirksumlage dieses Jahr?“ die meiste Beachtung. Die grüne Fraktion im Bezirkstag Mittelfranken setzt sich dabei für einen offenen Zugang zu den relevanten Zahlen und die rechtzeitige Einbindung aller mittelfränkischen Städte und Landkreise ein. Dies ist Voraussetzung, damit überhaupt eine ehrliche und sachliche Debatte über die jeweils zu tragenden finanziellen Lasten geführt werden kann. Da die nach Städten und Landkreisen aufgeschlüsselten Umlagezahlen dem Bezirkstag bislang noch nicht vorliegen, hat die grüne Bezirkstagsfraktion diese Zahlen aus öffentlichen Daten selbst errechnet und ausgewertet und ist dabei auf gravierende Verschiebungen der Umlagebelastungen zwischen Städten und Landkreisen gekommen (siehe Tabelle anbei). Zwei Dinge springen aus den Zahlen sofort ins Auge:

1. Die – vom Bezirkstag zu beschließenden – Hebesätze der Bezirksumlage haben 2016 eine ganz andere Auswirkung als 2015. Die Umlagesumme des Jahres 2015 würde nach dem neu gültigen Umlagesystem einer Bezirksumlage von 22,1 Prozent entsprechen, statt bisher 24,2 Prozent. Eine Senkung der Bezirksumlage 2016 heißt also noch lange nicht, dass dabei auch der tatsächlich zu zahlende Bezirksumlagebetrag der einzelnen Städte und Landkreise sinkt.
2. Im Haushaltsjahr 2016 wird es eine erhebliche Umverteilung der Bezirksumlage zwischen Stadt und Land geben. Selbst wenn die Städte und Landkreise denselben Umlagebetrag wie 2015 von 434 Millionen Euro zu zahlen hätten, würden die Städte – insbesondere Erlangen – erheblich mehr belastet werden und alle Landkreise zum Teil erheblich entlastet werden, allen voran Erlangen-Höchstadt.

An beidem trägt der Bezirk Mittelfranken keine Schuld und kann dies auch nicht durch einen Beschluss beeinflussen. Diese Entscheidung wurde am 2. Juli 2015 im Hinterzimmer des Bayerischen Finanzministers beim sogenannten FAG-Spitzengespräch zum Kommunalen Finanzausgleich zwischen den Präsidenten der vier kommunalen bayerischen Spitzenverbände und dem Finanzminister – gegen den Widerstand der Präsidenten des Städtetags und des Bezirkstags – getroffen und dann von der CSU-Staatsregierung so beschlossen. Die sogenannte Umlagekraft, aus der sich die kommunalen Umlagen (Kreisumlage, Bezirksumlage) und weitere Dinge ableiten, wird nach einer neuen Formel berechnet: Künftig werden all die Kommunen, die hohe Gewerbe- und Grundsteuern haben – fast immer sind es die großen Städte – deutlich mehr zur Kasse gebeten als die Kommunen, die niedrige Sätze bei der Steuern haben – meistens Landkreise und Landgemeinden. Hier hat sich der Bayerische Gemeindetag einseitig durchgesetzt. Hier muss der Freistaat, statt die kommunale Familie untereinander auszuspielen, endlich selbst seinen Pflichten nachkommen und alle Kommunen gemäß des Konnexitätsprinzips für die von ihm übertragenen Aufgaben ausreichend ausstatten, wie es von den Grünen seit Langem gefordert wird.

Wahre Umlagekraft ist nicht umgekehrt proportional zur verfügbaren Fläche. Eine hochverdichtete Stadt mit vielen Einwohnern und vielen sozialen Aufgaben kann es sich schlicht

nicht leisten, ihre raren Gewerbeflächen billig abzugeben. Es gibt unbestritten viele strukturschwache Flächenlandkreise, die dringend eine Entlastung und Hilfe benötigen. Fläche mit Strukturschwäche gleichzusetzen, so wie es die bayerische Staatsregierung tut, wird aber niemandem gerecht. Die Grünen fordern deshalb seit Jahren vom Freistaat Bayern, endlich allen Kommunen eine tragfähige Grundlage zu geben und einen gerechteren reformierten Finanzausgleich, der neben dem Steueraufkommen weitere messbare Größen – insbesondere übergreifende Infrastruktur und die jeweiligen sozialen Lasten – als Abschlag in eine gerechtere Umlagekraft mit einbezieht. Das wird allen gerecht: Stadt wie Land.

Die Grünen appellieren deshalb auch an die mittelfränkische kommunale Familie, untereinander und mit dem Bezirk in eine ehrliche, konstruktive Debatte über die kommunalen Finanzen einzutreten, um dann gemeinsam gegenüber der bayerischen Staatsregierung als der Verursacherin dieses kommunalen Dilemmas aufzutreten. Nichts schwächt die kommunale Familie mehr als das Prinzip „Teile und herrsche“ der CSU-Staatsregierung. Die kommunale Familie kann nur dann dauerhaft gewinnen, wenn wir dieses Prinzip gemeinsam durchbrechen.

Rückfragen bitte an Daniel Arnold telefonisch unter 0163 8900491 oder per E-Mail unter Daniel.Arnold@gruene-bezirkstag-mittelfranken.de.

Vielen Dank für Ihr Interesse!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Hiemeyer

Lydia Bauer-Hechler

Daniel Arnold